

## Presseinformation

Nr. 622/2011

Kiel, Donnerstag, 15. Dezember 2011



**Wolfgang Kubicki, MdL**  
Vorsitzender

**Günther Hildebrand, MdL**  
Stellvertretender Vorsitzender

**Katharina Loedige, MdL**  
Parlamentarische Geschäftsführerin

### Wolfgang Kubicki: Rating-Agenturen müssen Verantwortung übernehmen

In seiner Rede zu **TOP 43** (Für ein starkes Europa gleichberechtigter Partner) sagt der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, **Wolfgang Kubicki**:

„Der Antrag der SPD ist ärgerlich. Da wird versucht, ein wichtiges Thema auf rund 25 Zeilen zusammenzufassen, ohne bei den Menschen dafür zu werben, warum wir Solidarität auf europäischer Ebene brauchen. Das wird der Bedeutung des Themas nicht gerecht und schafft Politikverdrossenheit.“ Vielmehr müsse den Bürgern erklärt werden, warum die Rettungsmaßnahmen wichtig seien, fordert Kubicki. Es nütze nichts, als Argument ausschließlich Euroromantik anzuführen. Den Bürgern müsse verdeutlicht werden, dass die Hilfe nicht ausschließlich aus Nächstenliebe und Solidarität erfolge, sondern für unseren wirtschaftlichen Erfolg und unseren gesellschaftlichen Wohlstand von essentieller Bedeutung sei.

„In Wahrheit handelt es sich doch um eine Staatsschuldenkrise, aber Europa hat gerade wegen der EU die einmalige Chance, gemeinsam mit der Kraft und Solidarität vieler großer Volkswirtschaften diese Krise zu meistern.“ Dafür brauche es aber klare Regeln, weshalb sich die FDP-Fraktion für eine schlagkräftige Finanzmarktaufsicht stark mache. Ein Markt ohne Regeln sei keiner, da sich nicht ökonomische Vernunft, sondern Marktmacht durchsetze, betont Kubicki. Zudem sei es schon bemerkenswert, dass Mitarbeiter einer Rating-Agentur mehr Einfluss auf das Wohl eines Staates hätten, als die Politiker des Landes und Europapolitiker. Dem Einfluss amerikanischer Rating-Agenturen müsse ein europäisches Pendant entgegengesetzt und gleichzeitig ihre Macht beschnitten werden. Rating-Agenturen müssten für Fehleinschätzungen verantwortlich gemacht werden können, fordert der Liberale.

„Für die Begrenzung der Macht von Rating-Agenturen werden wir uns genauso einsetzen, wie wir es gegen Eurobonds getan haben. Die Bürger wollen keine Vergemeinschaftung der Schulden.“ Euro-Bonds seien auch wenig sinnvoll, solange es unterschiedliche nationale Finanz- und Sozialpolitiken gebe. Die Rating-Agenturen hätten zudem schon längst angekündigt, sich bei dem Rating an den schwächsten Mitgliedsländern zu orientieren. Selbst vorsichtig geschätzt würden die Zinsen steigen und hätten höhere Zinsausgaben von 20 bis 25 Milliarden für Deutschland zur Folge, so Kubicki.